

Politische Mobilisierung und nationale Identifikation. Die Wahlbeteiligung der Landbevölkerung in Galizien 1861-1911

von
Kai Struve

I. Einleitung

Im österreichischen Kronland Galizien spielten nationale Identifikationen¹ für die bäuerliche Bevölkerung im 19. Jahrhundert lange Zeit kaum eine Rolle.² Dies war, wie die klassische Studie Eugen Webers über Frankreich gezeigt hat, nicht nur für das östliche Europa typisch, sondern war auch für die übrigen Teile des Kontinents nicht ungewöhnlich.³ Für die Bauern in Galizien wie für diejenigen in anderen früheren Territorien des polnisch-litauischen Staates besaßen vor allem religiöse und ständisch-soziale Identifikationen eine große Bedeutung. In religiöser Hinsicht bestand die Einwohnerschaft Galiziens neben der gut zehn Prozent ausmachenden jüdischen Bevölkerungsgruppe aus einer annähernd gleich großen Anzahl von Angehörigen der römisch-katholischen und der griechisch-katholischen Kirche.⁴ Traditioneller-

¹ Der Begriff „nationale Identifikation“ wird im folgenden, wenn es um Personen geht, dem Begriff „Identität“ vorgezogen, da Identifikation das Prozeßhafte und Veränderliche des Vorgangs der Selbstzuordnung von Personen zu Gruppen besser zum Ausdruck zu bringen vermag. „Nationale Identität“ wird hingegen für Entwürfe und Vorstellungen über die grundlegenden Eigenschaften, Grenzen, die Geschichte und zukünftige Aufgaben der Nation verwendet. Während „Identifikation“ also die subjektive Seite benennt, umreißt der Begriff „nationale Identität“ das diskursive Feld, auf dem von verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren fortlaufend verhandelt wird, was die Nation sei. In ähnlichem Sinne mit einem Plädoyer dafür, in der Forschung über Nationen den Blick auf das Prozeßhafte ihrer Existenz zu richten, nun auch ROGERS BRUBAKER: *Ethnicity without Groups*, Cambridge/MA 2004.

² Dazu ausführlich KAI STRUVE: *Bauern und Nation in Galizien. Über Zugehörigkeit und soziale Emanzipation im 19. Jahrhundert*, Göttingen 2005 (Schriften des Simon-Dubnow-Instituts, 4). Zur Frage der nationalen Identifikation der westgalizischen Bauern auch JAN MOLEND: *Chłopi – naród – niepodległość. Kształtowanie się postaw narodowych i obywatelskich chłopów w Galicji i Królestwie Polskim w przededniu odrodzenia Polski* [Bauern – Nation – Unabhängigkeit. Die Bildung nationaler und staatsbürgerlicher Haltungen der Bauern in Galizien und dem Königreich Polen am Vorabend der Wiedergeburt Polens], Warszawa 1999, und KEELY STAUTER-HALSTED: *The Nation in the Village. The Genesis of Peasant National Identity in Austrian Poland 1848-1914*, Ithaca u.a. 2001.

³ EUGEN WEBER: *Peasants into Frenchmen. The Modernization of Rural France, 1870-1914*, Stanford 1976.

⁴ Die Volkszählungen wiesen 1910 für die Angehörigen des römisch-katholischen Bekenntnisses einen Anteil an der Bevölkerung von 46,5%, für die Angehörigen des grie-

weise galt, wer der griechisch-katholischen Kirche angehörte, als Ruthene. Erst nach und nach gewann im Verlauf des 19. Jahrhunderts die vorwiegend religiös definierte ruthenische Identität eine nationale Bedeutung.⁵

Bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts bestand die ruthenische Bevölkerungsgruppe fast ausschließlich aus Bauern und Geistlichen. Die ostgalizischen Gutsbesitzer gehörten größtenteils dem römisch-katholischen Bekenntnis an und verstanden sich als Polen. Eine säkulare ruthenische Intelligenz entstand in größerer Zahl erst in den letzten zwei Jahrzehnten des Jahrhunderts. Ruthenen, die in früheren Jahren sozial aufgestiegen waren, betrachteten sich meist als Polen mit griechisch-katholischem Bekenntnis.⁶

„Polnisch“ war dagegen sowohl für die griechisch- wie für die römisch-katholischen Bauern in hohem Maße eine soziale Kategorie, die vor allem durch die Gutsherren definiert war und zu der die Bauern sich selbst in der Regel nicht als zugehörig betrachteten. Der Antagonismus zwischen der polnischen und der bäuerlichen Identität zeigte sich in drastischer Weise während des Jahres 1846, als ein im wesentlichen von Gutsbesitzern und Gutsbeamten getragener polnischer Nationalaufstand in Westgalizien innerhalb weniger Stunden zusammenbrach, nachdem der österreichische Kreishauptmann von Tarnów die Bauern aufgerufen hatte, den Kaiser vor den „Polen“ zu schützen. Daraus resultierte ein Massaker unter den Gutsbesitzern und ihren Bediensteten in diesem und den angrenzenden Kreisen, das vermutlich

chisch-katholischen Bekenntnisses von 42,1% und für Juden von 10,9% aus. Seit der Volkszählung von 1869 hatten diese Zahlen nur geringe Schwankungen von nicht mehr als einem Prozentpunkt nach oben oder nach unten gezeigt, vgl. RUDOLF A. MARK: Galizien unter österreichischer Herrschaft. Verwaltung – Kirche – Bevölkerung, Marburg 1994, S. 80.

⁵ Die Differenzen innerhalb der ruthenischen Nationalbewegung darüber, ob die Ruthenen nun ein Teil der russischen oder der ukrainischen Nation seien, blieben zumindest bis in die letzten Jahre vor dem Ersten Weltkrieg für die Masse der Ruthenen gegenüber ihrer Identifikation als Ruthenen von geringer Relevanz. Zwar gerieten die Russophilen gegen Ende des Jahrhunderts immer mehr in eine Minderheitenposition; endgültig an Bedeutung verloren sie jedoch erst durch den Ersten Weltkrieg. Daher wird im vorliegenden Beitrag auch die Bezeichnung „Ruthenen“ und nicht „Ukrainer“ verwendet. Zu den verschiedenen Optionen, die ruthenische Identität zu bestimmen, darunter auch als Teil der polnischen Nation, JOHN-PAUL HIMKA: The Construction of Nationality in Galician Rus'. Icarian Flights in Almost All Directions, in: Intellectuals and the Articulation of the Nation, hrsg. von RONALD GRIGOR SUNY und MICHAEL D. KENNEDY, Ann Arbor 1999, S. 109-164. Zu den galizischen Russophilen ANNA VERONIKA WENDLAND: Die Russophilen in Galizien. Ukrainische Konservative zwischen Österreich und Rußland 1848-1915, Wien 2001 (Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie, 27).

⁶ Angehörige dieser Gruppe bezeichneten sich häufig mit einer Stanislaw Orzechowski, einem bedeutenden Staatsphilosophen des 16. Jahrhunderts, zugeschriebenen Formulierung als „*gente Rutheni, natione Poloni*“. Zur Sozialstruktur der ruthenischen Nationalbewegung auch JOHN-PAUL HIMKA: The Transformation and Formation of Social Strata and their Place in the Ukrainian National Movement in Nineteenth-Century Galicia, in: Journal of Ukrainian Studies 23 (1998), 2, S. 3-22.

mehr als tausend Opfer, darunter einige hundert Gutsherren, kostete und bei dem zahlreiche Gutshöfe geplündert und verwüstet wurden.⁷ Das Verhalten der Bauern, die in den vom Bauernaufstand betroffenen Gebieten überwiegend römisch-katholisch waren und damit dem gleichen Bekenntnis wie die Gutsherren angehörten, beruhte nicht nur auf dem Mythos des „guten Kaisers“, sondern auch auf der Erfahrung, daß sich ihre Lage unter der österreichischen Herrschaft seit 1772 im Vergleich zur vorherigen Zeit verbessert hatte und sie nun einen gewissen Schutz vor der Willkür der Gutsherren genossen. Daher bevorzugten sie die Herrschaft des Kaisers gegenüber der Wiederherstellung eines unabhängigen Polens, mit dem sie die Erinnerung an die weitgehend uneingeschränkte Herrschaft der Gutsherren verbanden.

Zwei Jahre später, während der Revolution von 1848/49, trat erstmals eine ruthenische nationale Bewegung in organisierter Form mit politischen Forderungen hervor. Sie wurde in erster Linie von der griechisch-katholischen Kirche und ihren Priestern getragen und erhob den Anspruch, daß die Ruthenen eine eigenständige Nationalität der Monarchie und nicht, wie die meisten Polen meinten, ein Teil der polnischen Nationalität seien. Während aber die ruthenische Nationalbewegung schon 1848 eine beträchtliche Unterstützung der bäuerlichen griechisch-katholischen Bevölkerung gewinnen konnte, blieb der polnischen Nationalbewegung bäuerliche Unterstützung lange Zeit weitgehend versagt, und dies nicht nur durch die griechisch-katholische, sondern auch durch die römisch-katholische Landbevölkerung.⁸

Nach dem Scheitern der Revolution von 1848/49 schufen erst die politischen Reformen der 1860er Jahre, die schließlich in die Verfassung von 1867 mündeten, erneut die Möglichkeit für eine größere politische Beteiligung der Gesellschaft sowie für die Entstehung einer politischen Öffentlichkeit und zivilgesellschaftlicher Strukturen, die breitere Schichten der Bevölkerung einbezogen. Politische Entscheidungen wurden in gewählte Vertretungskörperschaften verlagert, die auf der Ebene der Gemeinden, der Bezirke, der

⁷ THOMAS W. SIMONS, JR.: The Peasant Revolt of 1846 in Galicia. Recent Polish Historiography, in: *Slavic Review* 30 (1971), S. 795-817; STEFAN KIENIEWICZ: Ruch chłopski w Galicji w 1846 roku [Die Bauernbewegung in Galizien im Jahr 1846], Wrocław 1951; ARNON GILL: Die polnische Revolution 1846. Zwischen nationalem Befreiungskampf des Landadels und antifeudaler Bauernerhebung, München u.a. 1974.

⁸ JAN KOZIK: Między reakcją a rewolucją. Studia z dziejów ukraińskiego ruchu narodowego w Galicji w latach 1848-49 [Zwischen Reaktion und Revolution. Studien zur Geschichte der ukrainischen Nationalbewegung in Galizien in den Jahren 1848-49], Warszawa u.a. 1975 (englisch in DERS.: *The Ukrainian National Movement in Galicia, 1815-1849*, hrsg. von L.D. ORTON, Edmonton 1986); STEFAN KIENIEWICZ: *Pomiędzy Stadionem a Goslar. Sprawa włościańska w Galicji w 1848 r.* [Zwischen Stadion und Goslar. Die Bauernfrage in Galizien im Jahr 1848], Wrocław u.a. 1980; JOHN-PAUL HIMKA: *Galician Villagers and the Ukrainian National Movement in the Nineteenth Century*, Houndmills u.a. 1988, S. 26-36; ROMAN ROSDOLSKY: *Die Bauernabgeordneten im konstituierenden österreichischen Reichstag 1848-1849*, Wien 1976.

Kronländer und der beiden Reichshälften entstanden oder größere Kompetenzen gewannen.⁹

In den folgenden Jahren und Jahrzehnten entwickelten sich in Galizien ein polnisches und ein ruthenisches Vereinswesen, die in wachsendem Maße auch die Dörfer in übergreifende nationale Organisations- und Kommunikationsstrukturen einbezogen. Volksbildungsvereine richteten in den Dörfern kleine Bibliotheken ein oder versorgten die hier entstehenden Lesevereine mit Literatur und für die Bauern geschriebenen Zeitungen. Nach dem Posener Vorbild gründeten sich Agrarzirkel, deren wichtigstes Ziel in der Verbesserung der landwirtschaftlichen Methoden bestand, und schließlich bildeten sich – vor allem nach der Jahrhundertwende – auch in wachsender Zahl Genossenschaften. Während die Organisationsentwicklung auf dem Lande in den 1870er Jahren noch sehr schleppend und mit großen Hindernissen vorstatten ging, stabilisierte sie sich in den 1880er Jahren. In den 1890er Jahren war sie durch einen relativ stetigen Anstieg gekennzeichnet und beschleunigte sich dann erheblich im letzten Jahrzehnt vor dem Beginn des Ersten Weltkriegs. Dies war Teil einer nationalen Restrukturierung der Gesellschaft. Das Vereinswesen und die über Zeitungen und andere Publikationen entstehenden territorial übergreifenden Öffentlichkeiten waren im wesentlichen national separiert. In wachsendem Maße wurden die Dörfer damit in landesweite Kommunikations- und Organisationsstrukturen eingebunden, die sich zu einem großen Teil zur Aufgabe stellten, die polnische oder die ruthenische Nation zu stärken. Diese Strukturen beförderten die Nationalisierung der ländlichen Bevölkerung, die sich beispielsweise seit dem Ende des Jahrhunderts in einer wachsenden Zahl nationaler Feiern in den Dörfern zeigte. In den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg blieb kaum ein Dorf von solchen Feiern unberührt. In zunehmendem Maße beteiligte sich nun auch die bäuerliche Bevölkerung aktiv an ihrer Gestaltung.¹⁰

Das entscheidende Feld, auf dem der Konflikt zwischen Polen und Ruthenen seit den 1860er Jahren ausgetragen wurde, waren die Wahlen zu den politischen Vertretungskörperschaften. Die Wahlen zum galizischen Landtag und zum Wiener Reichsrat sollen im folgenden darauf untersucht werden, welche Schlüsse sich aus ihnen über die Politisierung und Nationalisierung der ländlichen Bevölkerung ziehen lassen.¹¹ Zu diesem Zweck wird zunächst

⁹ Umfassend zur Verfassung und den Repräsentativkörperschaften nun die Beiträge in: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. 7, 1-2: Verfassung und Parlamentarismus, hrsg. von HELMUT RUMPLER und PETER URBANITSCH, Wien 2000.

¹⁰ STRUVE (wie Anm. 2), S. 323-374.

¹¹ Die folgenden Überlegungen stellen dabei nur eine erste Annäherung an das Thema dar. Eine detailliertere Untersuchung müßte die umfangreichen Materialien zu den galizischen Wahlen einbeziehen, die im Bestand „Statthalterei Galizien“ des Zentralen Historischen Staatsarchivs in Lemberg und in anderen Archiven verwahrt werden und die bisher für die Forschung noch kaum genutzt worden sind. Auf dieser Grundlage müßten auch weitergehende und differenziertere Erkenntnisse über das Wahlverhalten und dessen Hintergründe in einzelnen Bezirken und Gemeinden zu ermitteln sein, als

der rechtliche Rahmen, d.h. das seit den 1860er Jahren gültige Wahlrecht, kurz skizziert (Abschnitt II), dann ein kurzer Einblick in die Veränderung der Repräsentanz der ländlichen Bevölkerung in den Parlamenten sowie die sie organisierenden politischen Parteien gegeben (Abschnitt III) und schließlich die Entwicklung der Wahlbeteiligung für Galizien insgesamt (Abschnitt IV) sowie vergleichend für Ost- und Westgalizien untersucht, um zu ermitteln, welchen Einfluß der polnisch-ruthenische nationale Konflikt auf das Wahlverhalten hatte (Abschnitt V).

II. Wahlrecht

Ein Hintergrund für das zunehmende Engagement, das die Intelligenz für die Arbeit unter den Bauern seit den 1860er Jahren zeigte und das ein wesentlicher Faktor für die Ausbreitung des nationalen Vereinswesens und nationaler Öffentlichkeiten war, bestand darin, daß die Reformen der 1860er Jahre der bäuerlichen Bevölkerung ein erhebliches Gewicht in den politischen Entscheidungsprozessen gaben. Von ihr hing nun weitgehend die Besetzung von fast der Hälfte der Landtagsmandate ab.

Das zu den Landtagswahlen 1861 eingeführte Wahlrecht sah vier Kurien vor. In der ersten Kurie, die 44 Abgeordnete in den Landtag entsenden konnte, durften die „Besitzer landtäflicher Güter“ wählen, d.h. die Gutsbesitzer, sofern sie mindestens 100 Gulden Steuern im Jahr zahlten. Die zweite Kurie stellten die Gewerbe- und Handelskammern von Lemberg, Krakau und Brody, deren Mitglieder jeweils einen Abgeordneten entsenden durften. Die dritte Kurie bildeten die Städte, zu denen die Wahlordnung von 1861 jedoch nur fünfzehn Orte rechnete. Die Städte wählten zusammen 20 Abgeordnete, deren Zahl bis 1900 auf 28 erhöht wurde. Die vierte Kurie bestand aus den „übrigen Gemeinden“, also aus allen Dorfgemeinden und den Kleinstädten, die nicht in die städtische Kurie aufgenommen worden waren. In dieser vierten, vorwiegend bäuerlichen Kurie fand die Wahl indirekt und öffentlich statt. In den Gemeinden wurde von jeweils 500 Wahlberechtigten ein Wahlmann gewählt. Erst die Wahlmänner, die ihre Stimme ebenfalls mündlich vor einer Wahlkommission abgeben mußten, wählten die Abgeordneten.¹² Für die Beteiligung an den Urwahlen galt zudem ein Steuerzensus. Wahlberechtigt waren nur diejenigen Gemeindeangehörigen, die zur Gruppe der größten Steuerzahler gehörten, die zusammen zwei Drittel des Steueraufkommens entrichteten. Die Wahlberechtigten wurden dadurch ermittelt, daß eine Liste der Steuer-

aufgrund der in der vorliegenden Studie herangezogenen statistischen Materialien möglich ist.

¹² Zusammen mit den Wahlmännern durften in der vierten Kurie auch die Besitzer von landtäflichem Grund, die weniger als 100 Gulden jährlich an Steuern zahlten, abstimmen. 1887 wurde allerdings eine untere Grenze von 25 Gulden eingeführt, da die Zahl von Bauern, die kleine Flächen landtäflichen Grundes durch die Parzellierung von Gutsland und damit auch das Recht zur Abstimmung zusammen mit den Wahlmännern erworben hatten, in den vorhergehenden Jahren erheblich angestiegen war.

zahler nach Höhe der Steuersumme angelegt und die Summen, beginnend mit der höchsten Summe, addiert wurden, bis zwei Drittel der Gesamtsumme erreicht waren. Nur die hier einbezogenen Personen genossen das Wahlrecht.¹³ Erst Anfang 1914 wurde nach langen Auseinandersetzungen eine neue, demokratischere Wahlordnung vom Landtag beschlossen, die dann allerdings nicht mehr angewandt wurde. Auch sie hielt im Unterschied zum Reichsratswahlrecht am Kuriensystem fest.¹⁴

Seit 1873 wurden auch die Abgeordneten des Reichsrats direkt gewählt; vorher waren sie vom Landtag entsandt worden. Bei den Reichsratswahlen wurde dasselbe Kurienvahlverfahren angewendet wie bei den Wahlen zum Landtag. 1882 wurde allerdings für die dritte und die vierte Kurie ein genereller Steuerzensus von fünf Gulden eingeführt, der zu den Reichsratswahlen 1897 auf vier Gulden (diese entsprachen acht Kronen) reduziert wurde. Bei denselben Wahlen wurde das Wahlsystem um eine fünfte, „allgemeine“ Kurie ergänzt, für die kein Steuerzensus galt und in der alle Männer über 24 Jahre wählen durften. In der fünften Kurie standen Galizien 15 Mandate zu, von denen zwei in den Städten Krakau und Lemberg vergeben wurden. Für die Wahl der übrigen Abgeordneten wurde das Land in 13 Wahlkreise eingeteilt. In den ländlichen Wahlkreisen galt ebenfalls das indirekte Wahlverfahren.

Die Einführung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Männer über 24 bei den Reichsratswahlen im Jahr 1907 bildete dann eine grundlegende Zäsur. Für Galizien galt dabei die Besonderheit, daß in den ländlichen Wahlkreisen zwei Abgeordnete gewählt wurden, nämlich ein „Repräsentant der Mehrheit“, der mehr als 50% der Stimmen auf sich vereinigen mußte, sowie ein „Repräsentant der Minderheit“, der mindestens 25% der Stimmen brauchte, um gewählt zu sein. Damit sollte in Ostgalizien der polnischen Minderheit eine Vertretung gesichert und verhindert werden, daß in Westgalizien die Konservativen alle Mandate zugunsten der bäuerlichen Parteien verloren. Sowohl für Ost- wie für Westgalizien diente diese Bestim-

¹³ Außerdem besaßen Personen mit akademischer Bildung, darunter die Geistlichen aller Konfessionen, das Wahlrecht, unabhängig von der von ihnen gezahlten Steuersumme. Ein entsprechender Zensus galt auch für die Wahlen in der dritten Kurie. Zur Wahlordnung für den galizischen Landtag STANISLAW GRODZISKI: *Sejm Krajowy galicyjski 1861-1914* [Der galizische Landtag 1861-1914], 2 Bde., Warszawa 1993, hier Bd. 1, S. 45-82. Das Wahlstatut ist abgedruckt ebenda, Bd. 2, S. 14-28; DERS.: *Der Landtag des Königreiches Galizien und Lodomerien*, in: *Die Habsburgermonarchie 1848-1918* (wie Anm. 9), Bd. 7, 2. Teilbd.: *Die Regionalen Repräsentativkörperschaften*, S. 2131-2169, hier S. 2134-2142.

¹⁴ Der Konflikt um die Wahlrechtsreform, bei der es vor allem darum ging, eine angemessenere Vertretung der Ruthenen zu ermöglichen, bestimmte die politischen Verhältnisse in Galizien in den vorhergehenden Jahren, vgl. JÓZEF BUSZKO: *Sejmowa reforma wyborcza w Galicji 1905-1914* [Die Landtagswahlreform in Galizien 1905-1914], Warszawa 1956.

mung dazu, weiterhin eine starke parlamentarische Repräsentanz der polnischen Konservativen zu gewährleisten.¹⁵

III. Parteien

Ende der 1860er Jahre erhielt Galizien im Gegenzug dafür, daß die polnischen Eliten für die Zukunft mehrheitlich ihre Loyalität zur Monarchie zusicherten, eine weitreichende, allerdings nur informelle Autonomie innerhalb der österreichischen Reichshälfte. Damit gelangte die politische Macht in Galizien weitgehend in die Hände der den gutsbesitzenden Adel repräsentierenden polnischen Konservativen.¹⁶ Jedoch waren diese darauf angewiesen, wenn sie ihren Einfluß in Wien und ihre Vorherrschaft in Galizien erhalten wollten, eine möglichst starke Position im galizischen Landtag und einen hohen Anteil an den galizischen Reichsratsmandaten zu erlangen. Dafür mußten sie bei den Landtagswahlen neben den Mandaten der ersten Kurie einen großen Teil der Mandate in der vierten Kurie gewinnen. Bei den ersten Landtagswahlen 1861 hatten die Bauern noch größtenteils für Bauern und in Ostgalizien auch für ruthenische Pfarrer gestimmt. In Westgalizien waren in diesem Jahr in der vierten Kurie 17 Bauern, drei römisch-katholische Priester und sieben Gutsbesitzer oder Angehörige der Intelligenz, in Ostgalizien 18 Bauern und 26 griechisch-katholische Priester gewählt worden. Die ruthenischen Kandidaten hatten bei diesen Wahlen beinahe alle ostgalizischen Wahlkreise der vierten Kurie erlangt; Gutsbesitzer hatten hier anders als bei späteren Wahlen keine Chance.¹⁷ Bei den folgenden Wahlen gelang es der polnischen Seite jedoch zunehmend, nicht zuletzt durch Manipulationen und Bestechung, Bauern und Ruthenen aus dem Landtag und dem Reichsrat zu

¹⁵ Zum Wahlrecht für die Reichsratswahlen DERS.: *Polacy w parlamencie wiedeńskim 1848-1918 [Polen im Wiener Parlament 1848-1918]*, Warszawa 1996, S. 259-273; HARALD BINDER: *Polen, Ruthenen, Juden. Politik und Politiker in Galizien 1897-1918*, Diss. Univ. Bern, Wien 1997, S. 32-58. Zu den galizischen Besonderheiten der Wahlrechtsreform von 1907 auch DERS.: *Die Wahlreform von 1907 und der polnisch-ruthenische Konflikt in Ostgalizien*, in: *Österreichische Osthefte* 38 (1996), 3, S. 293-320.

¹⁶ MICHAŁ BOBRZYŃSKI u.a.: *Z dziejów odrodzenia politycznego Galicyi 1859-1873 [Aus der Geschichte der politischen Wiedergeburt Galiziens 1859-1873]*, Warszawa 1905; CHRISTOPH FREIHERR MARSCHALL VON BIEBERSTEIN: *Freiheit in der Unfreiheit. Die nationale Autonomie der Polen in Galizien nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867*, Wiesbaden 1993. Zu den Konservativen WILHELM FELDMAN: *Stronictwa i programy polityczne w Galicyi 1846-1906 [Parteien und politische Programme in Galizien 1846-1906]*, Bd. 1, Kraków 1907, S. 97-242.

¹⁷ JÓZEF PUTEK: *Pierwsze wstępy polityczne włościanstwa polskiego 1848-1861 [Die ersten politischen Schritte der polnischen Bauernschaft 1848-1861]*, Kraków o.J. [1933], S. 30; OSTAP SEREDA: „My tu ne pryjšly na smich“. Učasť schidnohalyč'kych seljan u sejmowych vyborach ta zasidannjach u Lvovi (60-i roky XIX st.) [„Wir sind nicht hierher gekommen, um uns verspotten zu lassen“. Die Teilnahme ostgalizischer Bauern an den Landtagswahlen und -sitzungen in Lemberg (sechziger Jahre des 19. Jh.s)] in: *Lviv. Misto – suspiľstvo – kultura/Lwów. Miasto – społeczeństwo – kultura*, Bd. 4, hrsg. von KAZIMIERZ KAROLCZAK, Kraków 2002, S. 165-186, hier S. 168.

verdrängen. Bei den Landtagswahlen 1876 wurde in Westgalizien kein einziger Bauer mehr gewählt. Auch die Zahl der ruthenischen Abgeordneten reduzierte sich erheblich, nämlich auf 14. Bei den Reichsratswahlen 1879 wurden nur noch drei ruthenische Kandidaten gewählt, während es 1873 noch 15 gewesen waren.¹⁸

Zu dieser Veränderung der Mehrheitsverhältnisse in der vierten Kurie hatte die Tätigkeit der zu den Wahlen 1867 ins Leben gerufenen polnischen *Centralne Komitety Przedwyborcze* (Zentrale Vorwahlkomitees) für West- und Ostgalizien, die die Aufstellung polnischer Kandidaten koordinierten und die Wahlen vorbereiteten, wesentlich beigetragen.¹⁹ In ihnen arbeiteten auch die polnischen Demokraten mit, die vor allem die städtische Intelligenz repräsentierten und die in vielen anderen Fragen in Opposition zu den Konservativen standen. Sie teilten allerdings deren Furcht, daß die polnische Vorherrschaft in Galizien durch ein Erstarken der ruthenischen nationalen Bestrebungen und durch bäuerliche Abgeordnete, die im Zweifel mehr dem Kaiser in Wien als den polnischen „Herren“ in Galizien vertrauten, geschwächt werden könnte.²⁰ Darüber hinaus nahm anders als noch 1861 bei den folgenden Wahlen die nun von den polnischen Konservativen beherrschte Landesverwaltung in immer stärkerer Weise Einfluß auf die Wahlen.

Erst seit den Landtagswahlen 1889 erwuchs den konservativ dominierten polnischen Zentralen Wahlkomitees mit der sich formierenden Bauernbewegung auch wieder eine organisierte Konkurrenz auf dem Lande von polnischer Seite. Zu den Wahlen 1889 hatten der christlich-sozial orientierte Pfarrer Stanisław Stojałowski und der dem linken Flügel der polnischen Demokraten zuzurechnende Herausgeber der Lemberger Tageszeitung *Kuryer Lwowski* (Lemberger Kurier) Bolesław Wystouch die Bauern aufgerufen, nicht mehr für Kandidaten zu stimmen, die von den Zentralen Wahlkomitees benannt worden waren, sondern bäuerliche Komitees zu gründen und eigene Kandidaten aufzustellen. Stojałowski besaß durch seine beiden für die Bauern bestimmten Zeitungen *Wieniec* (Der Kranz) und *Pszczółka* (Das Bienchen), die schon seit 1875 erschienen, großen Einfluß und Ansehen unter der Land-

¹⁸ WENDLAND (wie Anm. 5), S. 368-370; JÓZEF KLECZYŃSKI: Wybory do Sejmu w 1876 roku [Wahlen zum Landtag im Jahre 1876], in: Wiadomości statystyczne o stosunkach krajowych 5 (1878), S. 21-60, hier S. 44-47; KOST' LEVYC'KYJ: Istorija polityčnoj dumky halyc'kych ukraïnciv 1848-1914. Na pidstavi spomyniv [Geschichte des politischen Denkens der galizischen Ukrainer 1848-1914. Auf der Grundlage von Erinnerungen], Lviv 1926, S. 135.

¹⁹ JERZY ZDRADA: Wybory do galicyjskiego Sejmu Krajowego w 1867 roku [Wahlen zum galizischen Landtag im Jahr 1867], in: Rocznik Biblioteki PAN w Krakowie 9 (1963), S. 39-96; DERS.: Galicyjskie wybory sejmowe i parlamentarne w latach 1861-1889 [Galizische Landtags- und Reichsratswahlen 1861-1889], in: Rocznik Biblioteki PAN w Krakowie 19 (1973), S. 229-256.

²⁰ Zu den Demokraten ZBIGNIEW FRAS: Demokraci w zyciu politycznym Galicji w latach 1848-1873 [Die Demokraten im politischen Leben Galiziens in den Jahren 1848-1873], Wrocław 1997. Zur kaisertreuen Haltung der bäuerlichen Abgeordneten der 1860er und 1870er Jahre STRUVE (wie Anm. 2), S. 114-119.

bevölkerung. Wysłouch hatte 1889 im Vorfeld der Wahlen begonnen, die Zeitung *Przyjaciel Ludu* (Der Volksfreund) zu publizieren, die sich ebenfalls an die bäuerliche Bevölkerung wandte und diese dazu aufrief, eigene Kandidaten für die Wahlen aufzustellen. Dieser Bruch der „nationalen Solidarität“ durch Angehörige der polnischen Intelligenz verband sich mit wieder erstarrenden Bestrebungen von Bauern, eigene Kandidaten in den Landtag zu schicken. Anders als noch in den 1860er und 1870er Jahren formierte sich nun auch auf der polnischen Seite eine gemeinsame politische Bewegung aus Bauern und Angehörigen der polnischen Intelligenz, die bäuerliche Interessen vertrat. Bei den Landtagswahlen 1889 wurden in Westgalizien erstmals wieder vier bäuerliche Kandidaten gewählt.²¹ In der sich hier entwickelnden Kooperation zwischen Bauern und Intelligenz war die polnische Bauernbewegung der ruthenischen Nationalbewegung vergleichbar. Die ruthenische Intelligenz war schon immer auf die Unterstützung der bäuerlichen Wähler angewiesen gewesen, um ihren Anliegen in den Parlamenten Geltung zu verschaffen. Aber auch in ihrem Fall war die Verminderung der sozialen Distanz zu den Bauern ein langwieriger Prozeß. Ein wichtiger Aspekt war, daß bäuerliche soziale Interessen unter den politischen Zielen der verschiedenen Parteien der ruthenischen Nationalbewegung seit den 1880er Jahren eine wachsende Bedeutung bekamen.²²

Die bäuerliche politische Mobilisierung in Westgalizien erhöhte sich während der 1890er Jahre beträchtlich. 1893 entstand in der Region Nowy Sącz eine erste Bauernpartei, der *Związek Stronnictwa Chłopskiego*, dessen Bedeutung aber weitgehend auf diese Region beschränkt blieb. Vor den Landtagswahlen 1895 bildete sich ein mit den polnischen Zentralen Wahlkomitees konkurrierendes landesweites bäuerliches Komitee, in dem der um Bolesław Wysłouch gescharte Flügel der Lemberger Demokraten die zu diesen Wahlen in den Bezirken in großer Zahl entstandenen bäuerlichen Komitees zusammenführte. Dies war der formale Gründungsakt des *Stronnictwo Ludowe* (seit 1903 *Polskie Stronnictwo Ludowe*, PSL), das nach der Jahrhundertwende zur dominierenden politischen Kraft auf dem Lande in Westgalizien wurde.²³ Diese bäuerlichen Parteien und ihre bäuerlichen und nichtbäuerlichen Abge-

²¹ KRZYSZTOF DUNIN-WĄSOWICZ: *Dzieje Stronnictwa Ludowego w Galicji* [Die Geschichte der Bauernpartei in Galizien], Warszawa 1956, S. 92. Zur polnischen Bauernbewegung auch STAUTER-HALSTED (wie Anm. 2), S. 220-242.

²² STRUVE (wie Anm. 2), S. 236-283.

²³ Zur Gründung des *Stronnictwo Ludowe* ebenda, S. 217-233. Zu den Bauernparteien auch ANTONI GURNICZ: O „równą miarę“ dla chłopów. Poglądy i działalność pierwszej chłopskiej organizacji politycznej w Polsce Związku Stronnictwa Chłopskiego 1893-1908 [Für ein „gleiches Maß“ für die Bauern. Ansichten und Tätigkeit der ersten bäuerlichen politischen Organisation in Polen „Union der Bauernpartei“ 1893-1908], Warszawa 1963; STANISŁAWA LEBLANG: Polnische Bauernparteien, in: Europäische Bauernparteien im 20. Jahrhundert, hrsg. von HEINZ GOLLWITZER, Stuttgart u.a. 1977, S. 271-322.

ordneten sahen sich nun anders als die bäuerlichen Abgeordneten der 1860er und 1870er Jahre als Teil der polnischen nationalen Bewegung.

Auch in Ostgalizien war unter den ruthenischen Bauern in den 1890er Jahren eine wachsende politische Mobilisierung zu verzeichnen, die sich anders als in Westgalizien, wo bäuerliche Kandidaten bei den Landtagswahlen 1895 ausgesprochen erfolgreich waren und in elf von 26 Wahlkreisen ein Mandat erlangten, in den 1890er Jahren jedoch noch nicht in gleichem Maße in einer zunehmenden Zahl von Mandaten niederschlug. Zwar hatte sich bei den Landtagswahlen 1889 erstmals seit den Wahlen von 1861 die Zahl der ruthenischen Mandate gegenüber den vorhergehenden Wahlen wieder erhöht, nämlich von 11 auf 16. 1895 sank die Zahl der Mandate dann allerdings wieder auf 14. Dies dürfte jedoch mehr die Folge der innerruthenischen Konflikte um die Politik der „Neuen Ära“ und von Manipulationen gewesen sein als einer geringeren Politisierung der ruthenischen Bauern.²⁴

Daß es in den 1890er Jahren eine erhebliche politische Mobilisierung unter den ruthenischen Bauern gab, zeigen die Kandidaturen von Bauern für den Landtag deutlicher. Während 1889 nur fünf Bauern oder Kleinstädter als ruthenische Kandidaten angetreten waren, kandidierten 1895 Bauern in 19 von 42 ostgalizischen Wahlbezirken, in denen sich ruthenische Kandidaten zur Wahl stellten.²⁵ Nach der Jahrhundertwende konnten dann auch ruthenische Kandidaten die zunehmende politische Mobilisierung der ländlichen Bevölke-

²⁴ Als „Neue Ära“ wurde der Versuch einer Verständigung zwischen der ukrainophilen Partei unter den Ruthenen, den *narodovci*, und der polnischen Seite bezeichnet, für die der Statthalter Kazimierz Badeni im November 1890 die Initiative ergriff. Viele *narodovci* waren aber von den unzureichenden Zugeständnissen, die Badeni den Ruthenen machte, enttäuscht. Von Anfang an war die Zusammenarbeit von den Russophilen und den ukrainischen Radikalen kritisiert worden. 1894 ging ein Teil der *narodovci* wieder zu einer oppositionellen Politik über, ein anderer Teil hielt aber an der Zusammenarbeit fest. Zu den Landtagswahlen 1895 bildeten sich neben einem russophilen ein oppositionelles ukrainophiles und ein an der Zusammenarbeit mit der Regierung festhaltendes ukrainophiles Komitee. Während die oppositionellen *narodovci* und die Russophilen bei diesen Wahlen bestrebt waren, konkurrierende Kandidaturen zu vermeiden, standen in vielen Wahlkreisen ruthenische Kandidaten gegeneinander, die entweder die Zusammenarbeit mit der „Regierung“ unterstützten oder sie ablehnten. Erstere genossen meist die Unterstützung der Bezirkshauptmänner, während letztere von ihnen intensiv bekämpft wurden. Das Resultat war, daß insgesamt nur 14 Ruthenen gewählt wurden, darunter nur drei „oppositionelle“. Zur „Neuen Ära“ IHOR ČORNOVOL: *Pol's'ko-ukraïns'ka uhoda 1890-1894 rr.* [Der polnisch-ukrainische Ausgleich 1890-1894], *L'viv 2000*; LEVYC'KYJ (wie Anm. 18), S. 235-272; CZESŁAW PARTACZ: *Od Badeniego do Potockiego. Stosunki polsko-ukraïnskie w Galicji w latach 1888-1908* [Von Badeni zu Potocki. Die polnisch-ukrainischen Beziehungen in Galizien in den Jahren 1888-1908], *Toruń 1996*, S. 45-60.

²⁵ *Dilo* Nr. 135, 17. (29.) Juni 1889, S. 1; „Koho v'brano do sojmu z hromad' s'f'skych?“ [Wer wurde in den Dorfgemeinden in den Landtag gewählt?], *Bat'k'ovščyna* Nr. 18, 16. (28.) September 1895, S. 135-138. Zu den Wahlen 1889 und 1895 auch OLENA ARKUŠA: *Halc'kyj sejm. Vyborci kampanii 1889 i 1895 rr.* [Der galizische Landtag. Zu den Wahlkämpfen der Jahre 1889 und 1895], *L'viv 1996*.

rung in Mandate umsetzen. So wurden 1908 21 und 1913 sogar 32 ruthenische Abgeordnete in den galizischen Landtag gewählt.²⁶

Damit fand in beiden Fällen seit dem Ende des 19. Jahrhunderts die politische Mobilisierung der bäuerlichen Bevölkerung in einem nationalen Kontext statt, über den die sozialen Anliegen der Bauern und ihr Streben nach Gleichberechtigung transportiert wurden. Im ruthenischen Fall wurden die Bestrebungen der sich emanzipierenden Bauernschaft gegen die traditionelle Elite als Teil eines nationalen Konflikts artikuliert, während im Fall der polnischen Bauernbewegung die Angehörigen der traditionellen Elite als Mitglieder der gleichen Nation galten wie die Bauern. Der soziale Gegensatz zu den Gutsbesitzern wurde in Ostgalizien auf Grundlage der konfessionellen Differenz zu einem nationalen Konflikt, während er im polnischen Fall in die Nation integriert wurde. Gerade dadurch vermochte die polnische Bauernbewegung bäuerliche Interessen allerdings mit besonderem Nachdruck zum Ausdruck zu bringen, indem sie nämlich die Bauern anstelle der Szlachta zum eigentlichen „Kern der Nation“, wie es im 1903 verabschiedeten Programm des PSL hieß, erklärte.²⁷ Da für sie nun die Bauern die eigentliche Nation waren, konnte die Politik ihrer konservativen politischen Gegner, die bäuerliche soziale und ökonomische Interessen nur mangelhaft berücksichtigten, als unpatriotisch kritisiert werden.

IV. Wahlbeteiligung

Im folgenden Abschnitt soll skizziert werden, welche Schlüsse die Analyse der Wahlbeteiligung der ländlichen Bevölkerung im Kronland Galizien über den Verlauf ihrer politischen Mobilisierung erlaubt. Zunächst werden hier die Daten für ganz Galizien analysiert, bevor sie im nächsten Abschnitt getrennt nach Ost- und Westgalizien betrachtet werden.

Bei den Landtagswahlen waren in der vierten Kurie bei den Urwahlen zwischen 1876 und 1908 jeweils um 9-10% der Gesamtbevölkerung wahlberechtigt.²⁸ Dabei schwankte die niedrigste Steuersumme, die erforderlich war, um noch das Wahlrecht zu genießen, zwischen den Gemeinden erheblich. 1908 lag sie zwischen 0,23 und 51,68 Kronen, die Durchschnittshöhe betrug 4,82 Kronen.²⁹ Bei den Reichsratswahlen 1907 und 1911, als das allgemeine und

²⁶ Eine Übersicht über die Zahl der ruthenischen Landtagsabgeordneten bei HARALD BINDER: *Parteiwesen und Parteibegriff bei den Ruthenen der Habsburgermonarchie*, in: *Österreichische Osthefte* 42 (2000), 3-4, S. 211-240, hier S. 239.

²⁷ *Programy stronnictw ludowych. Zbiór dokumentów [Programme der Bauernparteien. Dokumentensammlung]*, bearb. von STANISŁAW LATO und WITOLD STANKIEWICZ, Warszawa 1969, S. 69.

²⁸ Den niedrigsten Anteil gab es 1901 mit 8,81% und den höchsten 1876 mit 9,95%, MARCIN NADOBNIK: *Wybory do Sejmu krajowego z roku 1908 i lat dawniejszych [Die Landtagswahlen 1908 und in früheren Jahren]*, in: *Wiadomości statystyczne o stosunkach krajowych* 23 (1910), 1, S. 1-39, hier S. 13-15.

²⁹ *Ebenda*, S. 20 f.

gleiche Wahlrecht für Männer über 24 Jahre eingeführt worden war, lag der Anteil der Wahlberechtigten an der Gesamtbevölkerung bei 18,6 bzw. 18,8%.³⁰ Auch schon nach der Einführung der fünften Kurie bei den Reichsratswahlen 1897 und 1900/01 hatte der Anteil der Wahlberechtigten an der Gesamtbevölkerung eine entsprechende Höhe erreicht, nämlich zwischen 18 und 19%.³¹ Damit hatte sich der Anteil der Wahlberechtigten gegenüber den Landtagswahlen und den vorherigen Reichsratswahlen ungefähr verdoppelt. Das bedeutet zugleich, daß auch vor Einführung der allgemeinen Kurie schon die Hälfte der männlichen Bevölkerung über 24 Jahre wahlberechtigt gewesen war.

Die Zahl der Wahlberechtigten, die sich bei den zweistufigen Wahlen vor der Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts tatsächlich an den Wahlen der Wahlmänner beteiligte, war allerdings dauerhaft recht gering. Auffällig ist dabei, daß die Wahlbeteiligung zwischen 1876 und 1901 in der vierten Kurie bei den Landtagswahlen kontinuierlich sank und erst 1908 wieder einen Wert erreichte, der etwas über dem von 1876 lag (Tab. 1).

Tab. 1: Wahlbeteiligung der Urwähler in der vierten Kurie an der Wahl der Wahlmänner bei Landtagswahlen in Galizien in Prozent 1876-1908³²

1876	1883	1889	1895	1901	1908
29,8 ³³	24,7	24,4	20,1	18,4	31,8

Quelle: NADOBNIK (wie Anm. 28), S. 22.

Ein ähnliches Bild, wenn auch weniger deutlich und auf einem insgesamt höheren Niveau, zeigt die Auswertung der Daten für die Reichsratswahlen. Eine Ausnahme von der Tendenz sinkender Wahlbeteiligung bildete hier vor allem das Jahr 1897, als die fünfte allgemeine Kurie eingeführt wurde, was offenbar zugleich einen gewissen Schub politischer Mobilisierung für die Wahlen in der vierten Kurie bewirkte (Tab. 2).

³⁰ Die Ergebnisse der Reichsratswahlen in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern im Jahre 1911, bearb. von dem Bureau der k.k. statistischen Zentralkommission, Wien 1912 (Österreichische Statistik, N.F. Bd. 7, H. 1), S. 5.

³¹ Die Ergebnisse der Reichsratswahlen in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern im Jahre 1900/01, bearb. von dem Bureau der k.k. statistischen Zentralkommission, Wien 1902 (Österreichische Statistik Bd. 59, H. 3), S. III.

³² Für die früheren Landtagswahlen und diejenigen von 1913 liegen keine entsprechenden Angaben vor. Für die Wahlen 1913 wurde die Publikation einer detaillierten Auswertung des Wahlergebnisses wohl durch den Weltkrieg verhindert, vgl. aber für die Wahlergebnisse „Wśród wyborów“ [Über die Wahlen], Czas Nr. 302, 3.7.1913, Nachmittagsausgabe, S. 1.

³³ Bei NADOBNIK (wie Anm. 28), S. 22, lautet die Angabe für 1876 28,8%. Sie wurde wohl von KLECZYŃSKI (wie Anm. 18), S. 35, übernommen. Die dort angegebenen absoluten Zahlen ergeben aber eine Wahlbeteiligung von 29,78%.

Tab. 2: Wahlbeteiligung der Urwähler in der vierten Kurie an der Wahl der Wahlmänner bei den Reichsratswahlen in Galizien in Prozent

1879	1885	1891	1897	1900/01
34	29	29,8	35,8	28,8

Quellen: Die Ergebnisse der Reichsrathswahlen im Jahre 1885, bearb. von dem Bureau der k.k. statistischen Central-Commission, Wien 1885 (Österreichische Statistik, Bd. 9, H. 5), S. X; Die Ergebnisse der Reichsratswahlen 1900/01 (wie Anm. 31), S. IX.

In den dörflichen Gemeinden lag die Wahlbeteiligung bei den in Kurien stattfindenden Wahlen etwas über den oben aufgeführten Zahlen, da die Wahlbeteiligung der kleinstädtischen Gemeinden im Durchschnitt niedriger lag als diejenige der Dörfer. Der Anteil der Dörfer an den Wahlberechtigten in der vierten Kurie betrug bei den Landtagswahlen 1908 86,12%. 1876 hatten sie einen Anteil von 84,75%.³⁴ In den Dörfern hatte die Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen 1876 im Durchschnitt bei 32% Prozent und in den kleinstädtischen Gemeinden bei 17,5% gelegen. Auf dem Lande sank sie danach ab, erreichte 1908 aber wieder 32,87%. In den Kleinstädten war sie 1908 auf 25,01% angestiegen.³⁵

Für die Reichsratswahlen in den Jahren 1907 und 1911 galt schon das allgemeine und gleiche Männerwahlrecht, das die Wahlbeteiligung erheblich in die Höhe schnellen ließ, und zwar auf 84,8% 1907 und 73,2% 1911.³⁶ An diesen Zahlen wird die insgesamt recht hohe Politisierung der galizischen Bevölkerung deutlich. Die niedrigere Beteiligung bei den Urwahlen der früheren Reichsratswahlen und bei den Landtagswahlen kann deshalb nicht als Zeichen eines generell geringen Interesses an der Zusammensetzung der Parlamente interpretiert werden.

Vielmehr deutet der große Unterschied darauf hin, daß beim zweistufigen Wahlverfahren die Aufgabe, die Dörfer beim Wahlakt zu repräsentieren, noch in hohem Maße als Vorrecht angesehenen und einflußreicher Dorfbewohner galt und die Wahl der Wahlmänner noch nicht in stärkerer Weise zu politischen Konflikten in den Dörfern führte, die eine größere Mobilisierung der Urwähler hervorgerufen hätte. Dies traf auch noch für die Urwahlen in der fünften Kurie bei den Reichsratswahlen 1897 und 1900/01 zu. Hier betrug die Wahlbeteiligung bei den Urwahlen ebenfalls nur 30,9% 1897 und 23,8% 1900/01.³⁷ Die in den 1890er Jahren steigenden politischen Konflikte um die Wahlen spielten sich demnach in hohem Maße innerhalb der dörflichen Eliten ab, die die Wahlmänner stellten. Sie waren noch nicht in einem Maße zu innerdörflichen Auseinandersetzungen geworden, die zu einer hohen Mobilisierung in den Gemeinden über die Wahl der Wahlmänner geführt hätten. Die

³⁴ NADOBNIK (wie Anm. 28), S. 23; KLECZYŃSKI (wie Anm. 18), S. 34 f.

³⁵ NADOBNIK (wie Anm. 28), S. 24 f.; KLECZYŃSKI (wie Anm. 18), S. 34 f.

³⁶ Die Ergebnisse der Reichsratswahlen 1911 (wie Anm. 30), S. 5.

³⁷ Die Ergebnisse der Reichsratswahlen 1900/01 (wie Anm. 31), S. X.

Wahlbeteiligung in der fünften, „allgemeinen“ Kurie lag in beiden Jahren ungefähr fünf Prozent unter derjenigen der vierten Kurie. Dies zeigt, daß die politische Mobilisierung in den wohlhabenderen Schichten der bäuerlichen Bevölkerung höher war als in den ärmeren.

Für die generell höhere Wahlbeteiligung bei den Reichsrats- als bei den Landtagswahlen kommen mehrere Ursachen in Frage. Ein Grund könnte darin bestanden haben, daß die Zahl der Wahlberechtigten bei den Reichsratswahlen etwas geringer war, da anders als bei den Landtagswahlen alle diejenigen, die weniger als 5 und seit 1897 weniger als 4 Gulden Steuern zahlten, von den Wahlen ausgeschlossen waren bzw. 1897 und 1900/01 nur in der fünften Kurie wählen durften (vgl. Tab. 3).

Tab. 3: Zahl der Wahlberechtigten in der vierten Kurie bei Landtags- und Reichsratswahlen

Landtag	1889	1895	1901	1908
	531 315	556 282	585 522	650 586
Reichsrat	1885	1891	1897	1900/01
	503 644	k. Ang.	536 802	557 054

Quellen: NADOBNIK (wie Anm. 28), S. 10 f.; Die Ergebnisse der Reichsrathswahlen im Jahre 1885 (wie Tab. 2), S. 9 f.; Die Ergebnisse der Reichsratswahlen 1900/01 (wie Anm. 31), S. III.

Wenn die andere Zensusregelung ein Grund für die prozentual höhere Wahlbeteiligung bei Reichsratswahlen war, könnte dies ein weiterer Hinweis darauf sein, daß die Politisierung der wohlhabenderen Dorfbevölkerung größer als die der ärmeren Mitglieder der ländlichen Gesellschaft war.³⁸ Der wichtigste Grund dürfte aber wohl darin gelegen haben, daß der Reichsrat als übergeordnete Institution vielen Bauern als wichtiger galt als der galizische Landtag, obgleich tatsächlich viele der die Bauern direkt betreffenden Fragen eher in Lemberg als in Wien entschieden wurden.³⁹

³⁸ Zu beachten ist dabei aber auch, daß die Unterschiede im Kreis der Wahlberechtigten größer waren als die Differenzen der Zahlen in Tab. 3 suggerieren, da in ärmeren Gemeinden auch Einwohner, die weniger als 5 bzw. 4 Gulden/8 Kronen Steuern zahlten, in großer Zahl an den Landtagswahlen teilnehmen konnten, während in reicheren Gemeinden viele ausgeschlossen blieben, die mehr als diese Summe zahlten. So hatten bei den Landtagswahlen 1901 46,7% und 1908 51% der in der vierten Kurie Wahlberechtigten weniger als 8 Kronen an Steuern entrichtet, vgl. NADOBNIK (wie Anm. 28), S. 19.

³⁹ Für das höhere Prestige des Reichsrates könnte aber auch der Mythos des Kaisers noch eine Rolle gespielt haben. Es kam vor, daß Wähler oder Wahlmänner gleich für den Kaiser stimmen wollten. So wurden beispielsweise bei Wahlen zum Landtag in der vierten Kurie in Przemyśl im Jahr 1870 47 der 129 Wahlmännerstimmen für Franz Joseph abgegeben, IHOR ČORNOVOL: *Ukrains'ka frakcija halyc'koho krajovoho sejmu 1861-1901* [Die ukrainische Fraktion im galizischen Landtag 1861-1901], Eviv 2002, S. 30.

Bei den Landtagswahlen 1901 lag die Beteiligung niedriger als bei allen anderen Wahlen. Auch bei den Reichsratswahlen 1900/01 ging die Beteiligung in der vierten Kurie gegenüber den Wahlen 1897 wieder zurück und lag nun ebenfalls niedriger als bei allen vorhergehenden Wahlen. Bis zur Jahrhundertwende sank damit die Wahlbeteiligung, nur durch wenige Abweichungen unterbrochen, kontinuierlich. Demnach scheint kein direkter Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und der zunehmenden Einbeziehung der Dörfer in territorial übergreifende Öffentlichkeiten und Organisationsstrukturen sowie der wachsenden Zahl bäuerlicher Kandidaturen bei den Wahlen zu bestehen. Die politische Mobilisierung der Bauernschaft blieb in den 1890er Jahren offenbar zunächst noch weitgehend auf eine Änderung der Haltung dörflicher Eliten beschränkt und erfaßte erst in den letzten Jahren vor dem Weltkrieg größere Teile der Landbevölkerung. Dies spiegelte sich in der deutlich gestiegenen Beteiligung an den Landtagswahlen 1908 wider.

Zu vermuten ist, daß sich in der bis zur Jahrhundertwende sinkenden Wahlbeteiligung die wachsende Enttäuschung der Bauern bemerkbar machte, über Wahlen ihren Anliegen Geltung verschaffen und von ihnen gewollte Kandidaten durchsetzen zu können. Noch in den 1860er Jahren, für die zur Wahlbeteiligung allerdings leider keine Zahlen vorliegen, hatten die Bauern sich bei den Wahlen mit großem Enthusiasmus engagiert und davon vor allem eine Lösung der Servitutenkonflikte in ihrem Sinne erhofft.⁴⁰ Dies reflektieren auch noch die relativ hohen Zahlen zur Beteiligung an den Wahlen in den 1870er Jahren. Als es sich immer mehr als illusorisch erwies, dieses zentrale bäuerliche Anliegen durchzusetzen, verlor offenbar ein immer größerer Anteil der bäuerlichen Bevölkerung das Interesse an den Wahlen. Diese Tendenz kehrte sich für die Masse der bäuerlichen Bevölkerung auch in den 1890er Jahre noch nicht um, obgleich sich seit 1889 in Westgalizien bäuerliche Wahlkomitees wieder verstärkt um die Wahl von Bauern bemühten, und dies, wie oben gezeigt wurde, mit einigem Erfolg.

⁴⁰ PUTEK (wie Anm. 17), S. 26 f. Das Problem der Servituten, der bäuerlichen Rechte an gemeinsam genutzten Weiden und Wäldern, war 1848, als die Bauern das volle Eigentumsrecht an ihren Höfen erhielten und die Frondienste und andere feudale Leistungen und Abgaben aufgehoben worden waren, nicht entschieden worden. Nun beanspruchten die Gutshöfe in vielen Fällen das Eigentumsrecht an den Weiden und Wäldern für sich und verweigerten den Bauern die weitere unentgeltliche Nutzung. Für die Bauern handelte es sich vielfach um elementar wichtige Rechte. Seit Mitte der 1850er Jahre waren Kommissionen tätig, die die strittigen Fragen entscheiden sollten. In den weitaus meisten Fällen erkannten sie den Gutshöfen das Eigentumsrecht und den bäuerlichen Gemeinden meist nur geringe Entschädigungen zu. Daraus resultierten nicht nur oft langwierige juristische Auseinandersetzungen zwischen Gutshöfen und Gemeinden, sondern nicht selten auch gewaltsame Konflikte, wenn die Bauern trotzdem weiterhin ihr Vieh auf die Weiden trieben oder Holz aus den Wäldern holten, HIMKA: Galician Villagers (wie Anm. 8), S. 36-56; M.M. KRAVEC': Seljanstvo Schidnoï Halyčyny i Pivničnoï Bukovyny u druhoï polovyni XIX st. [Die Bauernschaft in Ostgalizien und der nördlichen Bukowina in der zweiten Hälfte des 19. Jh.s], Lviv 1964.

Für die Wahlen der 1890er Jahre läßt sich auch nicht belegen, daß bäuerliche Kandidaturen generell eine höhere Wahlbeteiligung nach sich zogen. Zwar gingen im Bezirk Nowy Sącz, in dem 1889 der Bauer Stanisław Potoczek gewählt wurde und 1892/93 der *Związek Stronnictwa Chłopskiego* entstand, mit 29-30% 1889 und 1895 deutlich mehr Wahlberechtigte zur Abstimmung als im Durchschnitt. Andere, wie die Bezirke Dąbrowa und Myślenice – in ersterem wurde 1895 der bäuerliche Publizist und Politiker Jakub Bojko und im zweiten der Bauer Andrzej Średniawski gewählt –, lagen aber mit 17,07 bzw. 12,33% bei den Landtagswahlen 1895 deutlich darunter.⁴¹ Für die Landtagswahlen 1908 stellte Marcin Nadobnik allerdings die Tendenz fest, daß die Beteiligung dort höher war, wo Kandidaten des PSL zur Wahl standen, obgleich auch bei diesen Wahlen die Beteiligung in den Bezirken Łańcut, Ropczyce, Biała, Żywiec und Myślenice, in denen Bauern gewählt wurden, noch mehr oder weniger deutlich unter dem Durchschnitt lag.⁴²

Erst nach der Jahrhundertwende trat auch bei der Beteiligung an den Urwahlen ein stärkerer Anstieg ein. Jetzt erst wurde die Isolation der Dorfgemeinschaften in wirklich größerem Maße durchbrochen. In fast allen Dörfern entstanden nun Agrarzirkel, Lesevereine oder andere ökonomische und kulturelle Initiativen, die Bauern in übergreifende Organisations- und Kommunikationszusammenhänge einbezogen. Zugleich verdichtete sich das Schulwesen und wuchs die Bildung der Bauern.⁴³ Die wachsende politische Mobilisierung der bäuerlichen Bevölkerung, die sich in einem deutlichen Erstarken des PSL in Westgalizien und der ruthenischen Parteien in Ostgalizien niederschlug, war Teil dieser Prozesse.

V. Die Wahlbeteiligung in Ost- und Westgalizien im Vergleich

Ein Vergleich der Wahlbeteiligung der bäuerlichen Bevölkerung in West- und Ostgalizien von den 1860er Jahren bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs sollte erkennen lassen, in welchem Maße der polnisch-ruthenische nationale Konflikt zusätzlich zum im polnischen wie ruthenischen Fall gleichermaßen vorhandenen sozialen und politischen Gegensatz zur traditionellen Elite zu einem Faktor wurde, der die politische Mobilisierung der Bevölkerung in Ostgalizien verstärkte. Ein solcher Vergleich sollte zudem Aussagen

⁴¹ NADOBNIK (wie Anm. 28), S. 24 f. Für den Bezirk Żywiec, in dem der Bauer Wojciech Szwed gewählt wurde, vermerkt die Statistik gar nur eine Beteiligung von 11,29%.

⁴² Ebenda, S. 26.

⁴³ Dazu umfassend STRUVE (wie Anm. 2), S. 125-190. Zur Entwicklung des Schulwesens EUGENIA PODGÓRSKA: *Sytuacja szkolnictwa i oświaty w zaborze austriackim. Szkolnictwo elementarne* [Die Situation des Schulwesens und der Bildung im österreichischen Teilungsgebiet. Das Grundschulwesen], in: *Dzieje szkolnictwa i oświaty na wsi polskiej do 1918*, Bd. 1, hrsg. von STANISŁAW MICHAŁSKI, Warszawa 1982, S. 248-297. Zur Entwicklung des Bildungswesens am Beispiel von fünf südostgalizischen Bezirken auch STELLA HRYNIUK: *Peasants with Promise. Ukrainians in Southeastern Galicia 1880-1900*, Edmonton 1991, S. 64-85.

darüber ermöglichen, welche Bedeutung nationale Identifikationen für das politische Handeln der bäuerlichen Bevölkerung im Verhältnis zu ihrer sozialen Identität als Bauern besaßen.

Naturgemäß liegen Zahlen zur Wahlbeteiligung nur nach Wahlbezirken und damit territorial gegliedert vor, nicht jedoch nach den konfessionellen oder sprachlichen Zugehörigkeiten der Wähler. Daher ist eine Korrelation dieser Zahlen mit solchen Zugehörigkeiten angesichts der gemischten Bevölkerung mit einer gewissen Unsicherheit behaftet. Während in Westgalizien im Jahr 1910 88,5% römische und nur 3,24% griechische Katholiken sowie 7,92% Juden lebten, war Ostgalizien konfessionell erheblich heterogener. Hier waren die entsprechenden Anteile 25,3% römische Katholiken, 61,68% griechische Katholiken sowie 12,36% Juden.⁴⁴ Die römisch-katholische Bevölkerung in Ostgalizien lebte überwiegend in den Städten und Kleinstädten. In manchen Gegenden wie in den Regionen um Ternopil' oder Sambir hatte sie aber auch einen bedeutenden Anteil an der Dorfbevölkerung.

Im Grunde ist sehr wenig über die politische und nationale Mobilisierung der römisch-katholischen Bevölkerung in Ostgalizien und das Verhältnis zwischen den verschiedenen Gruppen in den Dörfern bekannt. Es deutet jedoch vieles darauf hin, daß zwischen den Dorfbewohnern bis zum Vorabend des Weltkriegs nationale Konflikte noch kaum eine Rolle spielten. Der in Ostgalizien für die römisch-katholische, polnischsprachige Dorfbevölkerung vorherrschende Begriff blieb „Masuren“, während der Begriff „polnisch“ weiterhin einen Klang hatte, der ihn mit den „Herren“ und zunehmend den Mächten assoziierte, die den Ruthenen die ihnen zustehenden Rechte verweigerten. Der Konflikt blieb damit in hohem Maße ein politisch-sozialer, der allerdings in einer nationalen Sprache artikuliert und von nationalen Organisationen getragen wurde, und unterschied sich in seiner sozialen Dimension nicht von der Auseinandersetzung zwischen der polnischen Bauernbewegung in Westgalizien und ihren ebenfalls vorwiegend konservativen, aus der Schicht der Gutsbesitzer stammenden politischen Gegnern. Der nationale Konflikt scheint in dieser Zeit in Ostgalizien noch kaum das Verhältnis zu den „masurischen“ Nachbarn der ruthenischen Bauern erfaßt zu haben. Damit wäre zugleich zu vermuten, daß ein zusätzlicher Mobilisierungseffekt bei Wahlen, der durch die nationale Artikulierung des Konflikts ausgelöst worden sein könnte, vorwiegend den ruthenischen Bevölkerungsteil und seine Auseinandersetzung mit den traditionellen Eliten betraf und nicht oder nur in den letzten Jahren vor dem Weltkrieg in geringem Maße das Resultat einer Konkurrenz zwischen polnischen und ruthenischen Bauern war.

Eine nach Ost- und Westgalizien getrennte Auswertung der Daten zur Wahlbeteiligung der Urwähler zeigt, daß die ostgalizischen Wahlbezirke im Durchschnitt meist eine leicht höhere Beteiligung aufwiesen als die westgalizischen (Tab. 4 u. 5).

⁴⁴ MARK (wie Anm. 4), S. 85.

Tab. 4: Wahlbeteiligung der Urwähler in der vierten Kurie an der Wahl der Wahlmänner bei den Landtagswahlen 1876-1908 in West- und Ostgalizien in Prozent

	1876	1883	1889	1895	1901	1908
Westgalizien	30,00	23,98	19,88	20,89	16,58	25,55
Ostgalizien	29,66	25,1	26,75	19,64	19,36	34,96

Quellen: NADOBNIK (wie Anm. 28), S. 25; Angaben für 1876 und 1883 nach eigenen Berechnungen auf der Grundlage der Zahlen bei KLECZYŃSKI (wie Anm. 18), S. 34 f., und TADEUSZ PIŁAT: Wybory do Sejmu krajowego w roku 1883 na podstawie aktów wyborczych i innych źródeł urzędowych [Wahlen zum Landtag im Jahr 1883 auf der Grundlage der Wahlakten und anderer amtlicher Quellen], in: Wiadomości statystyczne o stosunkach krajowych 8 (1884), 3, S. 101-136, hier S. 110 f.

Tab. 5: Wahlbeteiligung der Urwähler in der vierten Kurie in West- und Ostgalizien bei den Reichsratswahlen 1885-1900/01 in Prozent

	1885	1897 ⁴⁵	1900/01
Westgalizien	28,67	36,30	25,74
Ostgalizien	29,49	36,54	30,43

Quellen: Eigene Berechnungen auf der Grundlage von Die Ergebnisse der Reichsratswahlen im Jahre 1885 (wie Tab. 2), S. 9 f.; Die Ergebnisse der Reichsratswahlen in den im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern im Jahre 1897, bearb. von dem Bureau der k.k. statistischen Zentralkommission, Wien 1897 (Österreichische Statistik, Bd. 49, H. 1); Die Ergebnisse der Reichsratswahlen 1900/01 (wie Anm. 31), S. 58.

Ein solcher Unterschied ist schon bei den Landtagswahlen 1883 und den Reichsratswahlen 1885 erkennbar und zeigt sich deutlich bei den Landtagswahlen 1889. Die wachsende politische Bewegung unter den Bauern der 1890er Jahre spiegelte sich nur in Westgalizien in einer erstmals wieder leicht gestiegenen Wahlbeteiligung wider. In Ostgalizien dagegen erhöhte sich die Wahlbeteiligung 1889 gegenüber den Landtagswahlen 1883 leicht, sank dann aber 1895 bedeutend ab. Allerdings sind die Daten für die Wahlen 1895 und in geringerem Maße wohl auch für die Landtagswahlen 1901 recht unzuverlässig. So gibt es eine ganze Reihe von Bezirken, für die in den Wahlstatistiken offensichtlich falsche Angaben zur Zahl der wahlberechtigten Urwähler aufgeführt sind. Marcin Nadobnik führt die fehlerhaften Zahlen auf Nach-

⁴⁵ Das Jahr 1897 brachte auch für die vierte Kurie gewisse Änderungen im Wahlrecht. So erhielten die städtischen Gemeinden, die zur vierten Kurie gehörten, nun das direkte Wahlrecht. Für 1897 und 1900/01 wurden für die Ermittlung der Wahlbeteiligung nur die Landgemeinden mit indirektem Wahlrecht als den eigentlich dörflichen Regionen berücksichtigt. Für 1891 konnten leider keine entsprechenden Zahlen ermittelt werden.

lässigkeiten bei der Zusammenstellung der Daten zurück.⁴⁶ Allerdings könnte auch ein Zusammenhang mit den Wahlmanipulationen bestehen, die 1895 das bisher stärkste Ausmaß erreichten.

Wenn aber die vorliegenden Daten die Tendenzen der Wahlbeteiligung im großen und ganzen richtig widerspiegeln sollten, dann würde dies belegen, daß auch im ruthenischen Fall die wachsende politische Bewegung unter den Bauern in den 1890er Jahren, die in der großen Zahl bäuerlicher Kandidaturen erkennbar wird, ein Phänomen war, das die Masse der bäuerlichen Bevölkerung noch nicht wieder zu einer stärkeren Beteiligung an den Urwahlen veranlaßte. Dies würde auch bedeuten, daß die scharfen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen ruthenischen Gruppierungen über die Politik der „Neuen Ära“, die dazu führten, daß es zahlreiche konkurrierende ruthenische Kandidaturen gab, keine Fortsetzung in den Dörfern fanden.⁴⁷

In jedem Fall zeigt aber der Vergleich der Wahlbeteiligung zwischen Ost- und Westgalizien, daß der nationale Faktor für die Wahlbeteiligung zwar eine gewisse, aber insgesamt nicht allzu große Rolle spielte. Mit der Ausnahme des Jahres 1895 lag die Wahlbeteiligung seit 1883 in Ostgalizien zwar immer über derjenigen in Westgalizien; jedoch war die Differenz in den meisten Jahren nicht allzu groß. Nur bei den Landtagswahlen 1908 erreichte sie mit knapp 9,5% einen relativ hohen Wert (Tab. 4). Charakteristisch ist auch, daß sich bei diesen Wahlen alle Bezirke, in denen eine Wahlbeteiligung von über 40% erreicht wurde – in fünf lag sie sogar über 50% –, in Ostgalizien befanden.⁴⁸ Auch bei den allgemeinen Wahlen zum Reichsrat 1907 und 1911 war die Wahlbeteiligung in Ostgalizien größer als in Westgalizien (Tab. 6).⁴⁹

⁴⁶ Die offiziellen Daten sind veröffentlicht in: Die statistischen Ergebnisse der Landtagswahlen des Jahres 1895 und 1896, in: Statistische Monatsschrift N.F. 2 (1897), S. 91-147, zu Galizien S. 142-145. Zur Kritik der hier genannten Zahlen NADOBNIK (wie Anm. 28), S. 13 f. Eines der krassesten Beispiele ist der Bezirk Biała. Laut offizieller Statistik gab es hier 1889 5993 wahlberechtigte Urwähler, 1895 1815 und 1901 6378.

⁴⁷ Zur „Neuen Ära“ vgl. Anm. 24.

⁴⁸ NADOBNIK (wie Anm. 28), S. 26.

⁴⁹ Eine ausführliche Analyse der Ergebnisse der Reichsratswahlen 1907 und der Landtagswahlen 1908 in Ostgalizien aus ukrainischer Sicht, allerdings ohne die Frage der Wahlbeteiligung zu berücksichtigen, bei M. LOZYNS'KYJ und V. OCHRYMOVYČ: Z vyborčoi statystyky Halyčyny [Aus der Wahlstatistik Galiziens], in: Studii z polja suspil'nych nauk i statystyky, Bd. 2, hrsg. von MYCHAJLO HRUŠEVSKYJ, Lviv 1910, S. 75-106.

Tab. 6: Wahlbeteiligung bei den Reichsratswahlen 1907 und 1911 in den ländlichen Zweimandatswahlkreisen in Prozent der Wahlberechtigten

	1907	1911
Westgalizien ⁵⁰	82,93	74,3
Ostgalizien	86,78	79,7

Quellen: Eigene Berechnungen auf der Grundlage von Die Ergebnisse der Reichsratswahlen in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern im Jahre 1907, bearb. von dem Bureau der k.k. statistischen Zentralkommission, Wien 1908 (Österreichische Statistik, Bd. 84, H. 2), Abschnitt I, S. 80-102; Die Ergebnisse der Reichsratswahlen 1911 (wie Anm. 30), S. 126-140.

Der Befund zur Wahlbeteiligung bei den Urwählern wird durch die Daten zur Wahlbeteiligung der Wahlmänner bei den Landtagswahlen unterstützt. Auch bei den Wahlmännern war mit durchschnittlich 93,4% – bei den dörflichen Gemeinden sogar 95,5% – die Beteiligung 1908 am höchsten. Auch sie war in Ostgalizien größer als in Westgalizien (Tab. 7).⁵¹ Anders als bei den Urwahlen gab es hier bei den Zahlen für ganz Galizien eine mit der Ausnahme des Jahres 1901 kontinuierlich ansteigende und damit gegenläufige Tendenz zu den Urwahlen. Dies bestätigt den Befund, daß die bäuerliche politische Mobilisierung, die in den 1890er Jahren deutlich wird, zunächst vor allem ein bäuerliches Elitenphänomen war, das sich in den Schichten der Landbevölkerung abspielte, aus denen sich die Wahlmänner rekrutierten.

Tab. 7: Wahlbeteiligung von Wahlmännern aus der vierten Kurie bei den Landtagswahlen 1876-1908 in Prozent⁵²

	1876	1883	1889	1895	1901	1908
Gesamt	87,9	88,3	91,1	93,1	89,7	93,4
Dorfgemeinden gesamt	91,1	93,6	93,5	–	–	95,5
Dorfgemeinden Westgalizien	91,4	92,5	91,6	–	–	93,8
Dorfgemeinden Ostgalizien	90,9	93,3	94,6	–	–	96,5

Quellen: NADOBNIK (wie Anm. 28), S. 29; Zahlen für 1876 und 1883 nach eigenen Berechnungen auf der Grundlage der Zahlen bei KLECZYŃSKI (wie Anm. 18), S. 40-42, und PILAT (wie Tab. 4), S. 114 f.

⁵⁰ Für Westgalizien wurden hier die Wahlkreise 35-50 und 52, für Ostgalizien 51 und 53-70 zugrundegelegt.

⁵¹ Für die Wahlen 1895 und 1901 liegen leider keine entsprechenden, nach Ost- und Westgalizien differenzierten Zahlen vor.

⁵² Bei den Berechnungen wurde jeweils die Beteiligung am ersten Wahlgang zugrundegelegt. Wenn ein zweiter Wahlgang erforderlich war, falls ein Kandidat im ersten Wahlgang nicht die absolute Mehrheit erhalten hatte, war die Beteiligung meist etwas geringer.

VI. Schluß

Als Ergebnis der Untersuchung der Wahlbeteiligung vor dem Hintergrund der politischen Organisations- und Parteibildung sowie der Wahlergebnisse lassen sich zwei zentrale Befunde festhalten. Zum einen scheint es zeitlich versetzte Mobilisierungsprozesse in unterschiedlichen Gruppen der ländlichen Bevölkerung gegeben zu haben. So war Ende der 1880er und während der 1890er Jahre in der Bereitschaft und Fähigkeit von Bauern zu eigenständiger politischer Organisation, aber auch zur Zusammenarbeit mit Angehörigen der Intelligenz, die bäuerliche politische Anliegen unterstützten, eine deutliche Belebung zu bemerken. Dagegen nahm die Wahlbeteiligung bei den Urwahlen in der vierten Kurie in den 1890er Jahren weiterhin wie seit den 1870er Jahren mit der Ausnahme der Reichratswahlen 1897 weiter ab. Eine Umkehr dieses Trends wird erst mit den Landtagswahlen 1908 erkennbar. Dies deutet darauf hin, daß die politische Mobilisierung der 1890er Jahre in erster Linie auf die dörflichen Eliten beschränkt blieb, aus denen sich die Wahlmänner rekrutierten. Dies waren im allgemeinen selbständige Hofbesitzer, die sich in den dörflichen Gemeinschaften besonderes Ansehen und Anerkennung erworben hatten.

Zum anderen läßt sich feststellen, daß für das politische Verhalten der bäuerlichen Bevölkerung in Ost- und Westgalizien die gemeinsamen sozialen und politischen Strukturen des Landes und ihr Wandel bestimmend waren, nicht aber die Tatsache, daß sich in Ostgalizien die Ruthenen als neue, eigenständige Nation unter Einbeziehung eines großen Teils der bäuerlichen Bevölkerung konstituierten. Ein ähnliches Bild ergibt die Untersuchung der Entwicklung von Organisationsstrukturen auf dem Lande.⁵³ Nur innerhalb dieser großen, durch strukturelle Wandlungen vorgegebenen Tendenzen wurde die politische Mobilisierung der Landbevölkerung in Ostgalizien durch die nationalen Differenzen weiter verstärkt. Dies zeigte sich seit 1889 in einer in Ostgalizien mit Ausnahme des Jahres 1895 jeweils leicht höheren Wahlbeteiligung. Die relativ geringen Differenzen mit Ausnahme des Jahres 1908 belegen, daß die politische Mobilisierung zwar in nationalen Kontexten stattfand – alle Parteien, die bäuerliche Anliegen artikulierten, hatten nicht nur soziale, sondern auch nationale Ziele –, das nationale Element gegenüber dem sozialen Konflikt für die politische Mobilisierung der Masse der Bevölkerung aber von vergleichsweise geringer zusätzlicher Bedeutung blieb.

Ein Vergleich mit Preußen zeigt, daß ein scharfer nationaler Konflikt eine ganz andere Mobilisierungswirkung bei Wahlen haben konnte. Das preußische Drei-Klassen-Wahlrecht sah ebenfalls ein indirektes Wahlverfahren vor. Die Beteiligung bei den Urwahlen zu den Landtagswahlen 1908 betrug im Landesdurchschnitt 32,8% und lag damit fast auf der gleichen Höhe wie bei den Landtagswahlen in Galizien im selben Jahr in der vierten Kurie, in der die Beteiligung 31,8% betragen hatte. In vielen deutschen Regionen Preußens

⁵³ STRUVE (wie Anm. 2), S. 125-190.

lag die Beteiligung allerdings deutlich unter dem Durchschnittswert, während die höchsten Werte in den Provinzen Posen und Westpreußen mit 63,74 bzw. 51,03% erreicht wurden. In einigen der überwiegend polnischen Kreise der Provinz Posen erreichte sie sogar über 80%. Anders als in Ostgalizien hatte hier der Faktor des nationalen Konflikts offenbar einen bedeutenden zusätzlichen Mobilisierungseffekt.⁵⁴

Summary

Political mobilization and national identification. The participation of the rural population in elections in Galicia, 1861-1911

Comparing Poles and Ruthenians, the present article examines how the participation of the rural population in elections for the regional and national parliaments in Galicia developed between 1861 and 1911. The author works on the assumption that such a comparison allows conclusions as to the importance of national identifications in relation to social conflicts for the political attitudes of the rural population.

In the rural areas of East Galicia, the central political contrast was that between the traditional elite of Polish, mainly Roman-Catholic lords of the manor and the Ruthenian national movement; in West Galicia, on the other hand, it was the contrast between the landowners and the Polish peasant movement, which questioned the predominance of that traditional elite, too.

While in East Galicia, the conflict between peasants and lords of the manor mainly articulated itself as a national conflict, the parties organizing and representing the interests of the West Galician, Roman-Catholic peasants defined themselves as Polish national parties.

The analysis of the polls shows that, from the mid-1880s, there was a slightly higher turnout in East Galicia in most elections. The difference increased at the turn of the century. The national as an additional factor of mobilization that becomes apparent here, however, was of comparatively little importance.

A final comparison with Prussia illustrates that, with regard to the poll, the differences between regions characterized by the German-Polish conflict and those without any national conflicts were much greater here.

⁵⁴ Die preußischen Landtagswahlen von 1908 und aus früheren Jahren, bearb. von GEORG EVERT, Berlin 1909 (Zeitschrift des Königlich-Preußischen Statistischen Landesamts, Ergänzungsheft 30), S. XVIII f., 153 ff.